



AUSGABE 02/2023 – 17. FEBRUAR



**GÜNTER RUDOLPH**  
Fraktionsvorsitzender

## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

wenn ein Kabinettsmitglied vor dem Parlament eine Regierungserklärung abgibt, dann soll das sagen: Seht her, dieses Thema ist uns wirklich wichtig. Insofern war es zunächst eine positive Überraschung, als die hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst ankündigte, dass sie dem „Masterplan Kultur“ in der vergangenen Plenarwoche eine Regierungserklärung widmen werde. Denn der Erhalt und die Weiterentwicklung der Kulturszene in Hessen ist eine große, eine wichtige und zugleich eine schwierige Aufgabe.

Warum die Regierungserklärung und der „Masterplan Kultur“ dann doch eine Enttäuschung waren, lesen Sie in dieser Ausgabe von „Plenum aktuell“.

Nicht nur enttäuschend, sondern geradezu skandalös ist der Umgang der schwarzgrünen Regierungskoalition mit den Beam-

tinnen und Beamten des Landes Hessen: Nachdem CDU-geführte Landesregierungen immer wieder Nullrunden und Leistungskürzungen beschlossen hatten, sind die Zahlungen an die unteren Besoldungsgruppen laut einem Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs so niedrig, dass sie gegen das Grundgesetz verstoßen. Aber statt den Beamten zu geben, was ihnen zusteht, verabschiedet die schwarzgrüne Koalition im Hessischen Landtag ein Gesetz, mit dem die Beamtenbesoldungen nur ein bisschen angehoben werden – womit sie aber kein bisschen weniger verfassungswidrig sind.

Auch dazu lesen Sie mehr auf den folgenden Seiten.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme, erkenntnisreiche Lektüre.

Mit herzlichen Grüßen  
**Ihr Günter Rudolph**



## WOHNEN UND ARBEITEN GEMEINSAM DENKEN

### NEUE FÖRDERLINIE



Hohe Mieten schrecken Fachkräfte ab – so lautet das Fazit einer im Herbst des vergangenen Jahres durch das Beratungsunternehmen PWC veröffentlichte Studie zum Fachkräftemangel in der Rhein-Main-Region. So wünschten sich insgesamt 84 Prozent der Befragten die Bereitstellung von Betriebswohnungen. Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat daher im

Plenum die Einrichtung einer neuen Förderlinie „Mitarbeiterwohnen“ gefordert. „Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum wird weiter zunehmen und er wird vor allem auch zu einer ernsthaften Bedrohung für die Wirtschaft in Hessen. Die in den unterschiedlichsten Branchen dringend benötigten Fachkräfte finden vor allem in der teuren Metropolregion keine Wohnungen mehr, die auch bezahlt werden können. Wohnen und Arbeiten muss deshalb künftig stärker gemeinsam gedacht und entsprechend politisch gestaltet werden“, erklärte die wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Elke Barth. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern, wo entspre-

chende Förderprogramme bereits auf den Weg gebracht wurden. Kritik äußerte Barth an der Wohnungspolitik der Landesregierung, die noch Anfang Februar eine Novelle ihrer Richtlinie für den Mietwohnungsbau angekündigt, aber noch immer nicht veröffentlicht habe. In diesem Zusammenhang wies Barth darauf hin, dass die im vergangenen Jahr zusätzlichen 1.600 geschaffenen Sozialwohnungen in Anbetracht des Fehlbedarfs von rund 42.700 Sozialwohnungen in Hessen nur ein Tropfen auf den heißen Stein seien. „Zu einer funktionierenden Wohnungspolitik gehören viele unterschiedliche Mosaiksteine. Nur gemeinsam und unter Einbeziehung unterschiedlichster Ansätze kann die Wohnraumfrage gelöst werden“, sagte Barth.

## KULTUR FÜR ALLE

„Es gibt nichts Erfolgreicheres und nichts Langlebigeres als eine wirklich gute Idee. Den Beweis hat heute die hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst mit ihrem ‚Masterplan Kultur‘ angetreten, der das Motto ‚Kultur für alle‘ aufnimmt und paraphrasiert – ein Motto, das der legendäre sozialdemokratische Kulturpolitiker Hilmar Hoffmann vor 50 Jahren geprägt hat. Seit 50 Jahren ist ‚Kultur für alle‘ ein Leitmotiv der SPD, und es ist bestimmt nicht zum Schaden der Menschen, wenn Schwarzgrün im zehnten Amtsjahr dieses sozialdemokratische Leitmotiv nun auch für sich entdeckt“, erklärte die Parlamentarische Geschäftsführerin und kulturpolitische Sprecherin

der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer. Zuvor hatte Angela Dorn den „Masterplan Kultur“ vorgestellt, den ihr Haus hat erarbeiten lassen. Tatsächlich gebe dieser Masterplan – jenseits der kulturellen Aneignung einer sozialdemokratischen Idee – wenig Anlass für Kritik. „Nichts von dem, was viele kluge Menschen zu 50 Seiten Text zusammengeführt haben, ist falsch. Nur ist auch nichts davon wirklich neu. Dass der Zugang zur Kultur allen offenstehen muss, gleichgültig wieviel Geld sie haben und wo sie leben, sollte eine Selbstverständlichkeit sein – für meine Partei jedenfalls ist das seit ihrer Gründung eine Selbstverständlichkeit“, sagte



Sommer. Der „Masterplan Kultur“ fasse zusammen, wie eine ideale Kulturlandschaft aussehen könnte. Aber auf die Frage, wie Hessen dieser näherkommen kann, gebe der Masterplan leider keine Antwort. „Und das ist seine größte Schwäche“, so Sommer. Wer Visionen habe, der müsse auch eine Vorstellung davon haben, wie diese Wirklichkeit werden könnten.

# LANDESREGIERUNG MUSS GELD WEITERGEBEN

## AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



Die SPD-Fraktion hat ihre Forderung erneuert, das Land möge die vom Bund bereitgestellten Mittel für die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen vollständig an die Kommunen weiterleiten. Günther Rudolph kritisierte, dass von den 262 Millionen Euro, die der Bund dafür im Jahr 2022 an Hessen gezahlt habe, nur 186 Millionen Euro an die hessischen Kommunen gegangen seien. Von den 205 Millionen Euro aus Berlin, die für 2023 geplant seien, werde voraussichtlich nur die Hälfte den Kommunen zugutekommen, der Rest verbleibe nach den Plänen der Regierung beim Land. „Die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Menschen, die vor Krieg, Folter, Not und Gewalt flüchten müssen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Den allergrößten Teil dieser Aufgabe müssen die Landkreise, Städte und Gemeinden bewältigen, wo haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Menschenmögliche tun. Dass die Landesregierung in dieser Situation die hessischen Kommunen dazu zwingt, mit ihr um das Geld vom Bund zu feilschen, ist falsch und unwürdig“, sagte der Fraktionsvorsitzende. Derzeit

handle die Landesregierung entgegen der Ankündigung des Ministerpräsidenten Boris Rhein, die Bundesmittel in voller Höhe weiterzugeben.

### POLIZEI KOMMT NICHT ZUR RUHE

Der Hessische Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über die persönlichen Verwerfungen im Polizeipräsidium Frankfurt debattiert. „Die plötzliche Abberufung des kommissarischen Abteilungsleiters ‚Einsatz‘ im Polizeipräsidium Frankfurt ist irritierend, denn der abberufene Beamte wurde ja vor noch nicht allzu langer Zeit mit Zustimmung des gesamten schwarz-grünen Kabinetts in sein Amt eingesetzt. Und nun soll er plötzlich das Vertrauen seiner Vorgesetzten in einem Maße verloren haben, das seine sofortige Entfernung aus dem Amt rechtfertigen soll? Das muss der Minister erklären. Denn es war ja genau dieser Minister, der den plötzlich in Ungnade gefallenen Beamten zum Sonderermittler im NSU-2.0-Komplex gemacht und dabei noch in den höchsten Tönen gelobt hat“, sagte Hofmann. Als der Innenausschuss über das Thema beraten habe, hatte der Minister etliche Fragen und Nachfragen unklar, ausweichend oder gar nicht beantwortet. Auf einen nun zwangsläufig zu stellenden Berichtsantrag müsse der Minister gegebenenfalls in einer Sondersitzung Antworten geben.



### TAG DES RECHTSSTAATS

In einer Aktuellen Stunde hat sich der Hessische Landtag mit dem Tag des Rechtsstaates befasst. „Den Rechtsstaat zu stärken, ist unser aller Auftrag. Jungen Menschen diese Gedanken näher zu bringen, sollte elementarer Bestandteil der politischen Bildung sein, denn nur dann können wir unsere freiheitlich demokratische Grundordnung weiterhin garantieren“, erklärte dazu die SPD-Abgeordnete Karina Fissmann. Um einen starken Rechtsstaat zu erreichen, brauche man aber mehr als nur eine einschlägige Auftaktveranstaltung in Frankfurt und eine Aktuelle Stunde im Landtag. Die CDU habe beim Tag des Rechtsstaates vergessen, worum es eigentlich gehe: „Die Politik der vergangenen Jahre hier in Hessen und die daraus resultierenden Probleme haben unserem Rechtsstaat geschadet und zu einem erheblichen Vertrauensverlust geführt.“ Es brauche 365 Tage im Jahr, die Tage des Rechtsstaates seien. Die SPD-Fraktion habe hierzu seit vielen Jahren konkrete Vorschläge zum Haushalt vorgelegt. „Neben personeller Stärkung und besseren Arbeitsbedingungen gehört natürlich auch die Stärkung der Berufsschulstandorte im ländlichen Raum dazu, um beispielsweise Rechtsanwaltsfachangestellte ausbilden zu können“, betonte Fissmann. Sie forderte, dem Verfassungsauftrag zur Schaffung gleicher Lebensbedingungen in Stadt und Land nachzukommen.



## BESOLDUNG BLEIBT RESPEKTLOS

### BEAMTENBESOLDUNG



„Die Aufgabe der Landesregierung war es, eine verfassungsgemäße Besoldung für die hessischen Beamten sicherzustellen. An dieser Aufgabe ist Schwarzgrün gescheitert. In der parlamentarischen Anhörung ist der Gesetzentwurf massiv kritisiert worden“, erklärte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Hofmann, zu der Verabschiedung des Gesetzes zur Anpassung der Besoldung und

Versorgung der Beamtinnen und Beamten im Land. Trotz der vernichtenden Stellungnahmen habe Schwarzgrün sich dazu entschlossen, ein Gesetz zu beschließen, das die Verfassungswidrigkeit der Beamtenbesoldung nicht beseitige. „Dass dieses Gesetz auf Wunsch der Regierungsfaktionen hier einfach

durchgewunken wird und dass keinerlei Anpassungen erfolgt sind, macht uns fassungslos. Das Gesetz ist nach der Nullrunde von 2015, nach der Beihilfekürzung und nach der Deckelung der Besoldungsanpassungen von 2016 bis 2018 eine Respektlosigkeit gegenüber den Beamtinnen und Beamten, die trotz ihrer sehr guten Arbeit weiterhin unter Wert bezahlt werden sollen“, kritisierte Hofmann.

### E-GOVERNMENT-GESETZ



In zweiter Lesung wurde die Änderung des Hessischen E-Government-Gesetzes und weiterer Vorschriften beschlossen. Vom versprochenen hessischen Silicon Valley sei dieses Gesetz meilenweit entfernt, so die Kritik der SPD-Fraktion. „Der Gesetzentwurf ist alles andere als innovativ“, erklärte der digitalpolitische Sprecher Bijan Kaffenberger. Ganz grundlegende Fragen, die unbedingt einer gesetzlichen Regelung bedürften, würden von der Landesregierung nicht angegangen. Die SPD-Änderungsanträge, die eine Verbesserung des Entwurfes vorsahen und von einer breiten Mehrheit der Anzuhörenden begrüßt wurden, wurden abgelehnt.

## GLEICHBERECHTIGUNG ENDLICH VERWIRKLICHEN

### SPD-GESETZENTWURF



Die SPD-Fraktion hat einen Entwurf für ein Hessisches Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) vorgelegt. „Es ist an der Zeit die Verwirklichung

der Gleichberechtigung der Geschlechter in Hessen gesetzlich wirksam und zeitgemäß zu untermauern“, erklärte die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Nadine Gersberg. Der SPD-Entwurf definiert das Verbot der Diskriminierung und der sexuellen Belästigung sehr klar. Außerdem nehme er Ent-

schädigungspflichten und Sanktionen bei Diskriminierungen mit auf. „Endlich werden Menschen, die z.B. Kinder betreuen oder Ange-

hörige pflegen, nicht mehr bei der Beförderung benachteiligt. Sie haben nun Vorrechte bei der Wiedereinstellung und der Inanspruchnahme von Mobiler Arbeit. Zudem findet eine Berücksichtigung von nicht-binären Menschen statt. Zuletzt sei noch die Absicherung der Frauenbeauftragten erwähnt sowie die Einrichtung einer Stelle für Gleichberechtigungs- und Gleichstellungsfragen innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes“, erklärte Gersberg. Der Entwurf sei in Zusammenarbeit mit den Frauenbüros sowie mit juristischer Begleitung entstanden.

## STRASSENBAU- UND STRASSENREPARATURBEITRÄGE

Die SPD-Landtagsfraktion hat erneut einen Vorstoß zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unternommen und dazu einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. „Die Straßenausbaubeiträge sind für die Kommunen, die sie erheben müssen, ein bürokratisches und politisches Ärgernis. Und die Bürgerinnen und Bürger, die sie bezahlen müssen, geraten durch die Straßenausbaubeiträge vielfach unter einen finanziellen Druck, der existenzgefährdend sein kann. Denn nicht jeder, der in einer ländlichen Gemeinde ein Haus besitzt, ist so wohlhabend, dass er ausreichend Rücklagen hat, um einige tausend Euro für die Sanierung seiner Straße zu bezahlen. Die Landesregierung



wäscht ihre Hände in Unschuld und sagt den Kommunen: Macht, was ihr wollt. Das Ergebnis ist ein abgabentechnischer Flickenteppich, der einem Glücksspiel gleicht. Wer sein Haus in einer vermeintlich wohlhabenden Gemeinde stehen hat, die eine Straßensanierung auch ohne Beiträge der Bürger finanzieren kann, der hat Glück. Wer eine Immobilie in einer weniger finanzstarken Kommune besitzt, der hat Pech. Dieser Flickenteppich widerspricht grundlegend dem Gerechtigkeitsprinzip und macht die Lebensverhältnisse der Menschen in Hessen ungleich“, erklärte der SPD-Abgeordnete Rüdiger Holschuh. Deshalb müssten die Straßenausbaubeiträge endlich abgeschafft werden.

## ERNEUERBARE ENERGIEN SIND DIE LÖSUNG

In der Debatte über die Förderung der Kernfusion in Hessen machte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Stephan Grüger, klar, dass der in Anträgen von FDP, CDU und Grünen gefeierte „Durchbruch“ bei der Kernfusion kein Durchbruch sei. „Die Energieausbeute betrug gerade einmal 0,5% der eingesetzten Energie“, so Grüger. „Selbst wenn die Kernfusion in 20 Jahren marktreif sein sollte, so wäre dies viel zu spät für eine CO2-freie Energieversorgung“, erklärte Grüger weiter. „Wir setzen auf die Kernfusion, die rund 150 Millionen Kilometer entfernt von uns in der Sonne stattfindet und deren Energie wir mit Solar- und Windenergie ernten können“, machte der Sozialdemokrat klar. Grüger verwies in diesem Zusammenhang auf Studien, die belegen, dass der Energiebedarf Deutschlands innerhalb von 20 Jahren vollständig durch Erneuerbare Energien gedeckt werden kann.



## ARMUTSGEFAHR VERSCHÄRFT SICH



Das Land Hessen solle den Landessozialbericht zum Anlass nehmen, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Lage von Menschen in ökonomisch schwierigen Lebenssituationen zu ergreifen, forderte Ulrike Alex. „Die Armutsgefahr in Hessen hat sich weiter verschärft. Aber den Menschen in prekären ökonomischen Situatio-

nen steht Schwarzgrün offensichtlich gleichgültig gegenüber. Die SPD-geführte Bundesregierung hat in eineinhalb Jahren mehr für sie erreicht, als die CDU-geführten Landesregierungen in mehr als zwei Jahrzehnten“, sagte Alex. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung würde sich der Probleme von Alleinerziehenden, von Seniorinnen und Senioren, von Flüchtlingen, von Menschen mit Behinderung, von Obdachlosen und Menschen ohne Krankenversicherung sofort annehmen und alles im Bereich des Möglichen einer Landesregierung tun, um ihre Situation zu verbessern.

### IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

### REDAKTION:

Cord Wilke (verantwortlich),  
Martina Häusl-David,  
Luisa Neurath.

### BILDER:

Angelika Aschenbach, Christof Mattes,  
bernardbodo/Envato Elements.